

08.10.18

Entflechtung der Großstädte von der Automobilität

Der aktuelle Klimabericht der IPCC (Intercontinental Panel on Climate Change) von 08.10.18 geht davon aus, dass bis 2050 die CO₂ Emissionen weltweit auf NULL zurückgefahren sein muss, wenn wir die finale Katastrophe noch eindämmen wollen, was den Konzernen offensichtlich zu wider läuft.

Aber der Reihe nach...

Es ist nicht damit getan, dass wir für einige Straßenzüge in wenigen Großstädten der BRD Fahrverbote für Diesel betriebene Fahrzeuge aussprechen. NEIN.

Es gilt die Städte der Welt von der Automobilität zu entflechten.

Seit bestehen der zweifellos sinnvollen Erfindung des Otto-Motors begann durch den Einbau in Fahrzeuge die Mär von der Mobilität, die uns bis heute die AutoIndustrie teuer verkauft und zwar zum Preis unser aller Leben. Abgase aus Verbrennungsmotoren sind tödlich.

Ich bin mir sicher, dass wenn man dem Argument der Autolobby, Arbeitsplatz Verluste im 100.000er Bereich, von Seiten der Politik ernsthaft begegnet, dann wird die Industrie (aus reiner Habgier) sehr schnell Wege finden an neuen städtebaulichen Entwicklungs-Konzepten mit zu arbeiten.

Wie bei allem, ist der Anfang schwer. So auch die Niederschrift meiner Gedanken zu diesem Thema, aber es gibt da draußen ja – so meine Hoffnung - viele Menschen die uns helfen werden.

Einleitung der ersten Sofortmaßnahmen = Diesel-Fahrverbote in den hinlänglich durch Messungen bekannten Städten Deutschlands, von denen viele Berufszweige anfänglich auszuschließen sind. Beispiele: RettungsTechnischeWagen, Feuerwehren, Polizei, Handwerker aller Art, sowie alle Transporte innerhalb und in die Stadtzentren und natürlich Personen- und Last-Taxen, ÖPNV und und und, Schwertransporte haben die Stadtgrenzen weiträumig zu umfahren.

Bei genauerer Betrachtung bleibt nur der Individualverkehr übrig (der auch den größten Anteil am Verkehrsaufkommen hat). Gemeint sind wir, die wir jeden Tag abertausende Tonnen CO₂ durch die Fahrt zur Arbeitsstelle mit unseren ach so chicen SUVs etc. in die Luft blasen und das meistens alleine in Fahrzeugen mit sieben Sitzen, um uns darüber zu ärgern dass der Verkehr wie jeden Tag nicht läuft. In allen größeren Städten ist der Öffentliche Personen Nahverkehr so gut ausgebaut, dass man wesentlich entspannter zur Arbeit und zurück kommt. Wenn wir erst mal die vorgegaukelte Privatsphäre des eigenen Autos abgelegt haben.

Alle privat genutzten Fahrzeuge bleiben in einer von zwei Wochen stehen. Dafür sind die Endziffern der KFZ-Kennzeichen gut geeignet. Bei gerader Woche und gerader Endziffer sowie bei ungerader Endziffer und ungerader Woche darf gefahren werden.

Der private Autoverkehr halbiert sich so auf die Hälfte, weil nur entweder gerade ODER ungerade Endziffern auf der Straße sind. Natürlich ist eine solche Maßnahme auf die Grenzen des jeweiligen Stadtgebietes ausgedehnt. Städtependler steigen an der Stadtgrenze in den ÖPNV um.

Der ÖPNV muss natürlich sukzessive ausgebaut werden und sich für die Zeit rüsten, wenn KEINE privaten Kraftfahrzeuge mehr die Straßen verstopfen und die Luft vergiften.

Bis dahin ist zu überlegen, ob es Sinn macht alle Tätigkeiten zur selben Zeit zu beginnen.

Mit unterschiedlichem Beginn der Arbeitszeiten wäre der ÖPNV von Stoßzeiten entlastet.

Die zu Beginn ausgenommenen Fahrzeuge müssen innerhalb einer festzulegenden Zeit (10 Jahre – also 2030) durch Fahrzeuge ersetzt werden, die mit Motoren ausgestattet sind die mit erneuerbaren Energien betrieben werden, spätestens natürlich wenn das Fahrzeug abgeschrieben ist.

Die von der Autoindustrie freigesetzten Arbeitskräfte werden dringend für den Bau und Betrieb des ÖPNV benötigt. Es werden Instanzen geschaffen, die zur Überwachung der eingeleiteten Maßnahmen eingesetzt werden. Weil Eigenverantwortung für die meisten von uns leider ein Fremdwort ist, dass sie nicht auf sich beziehen.

Im Laufe der Jahre können erste Straßenzüge renaturiert werden, die Lebensqualität steigt enorm, nicht nur für unsere Kinder. Für die im übrigen sowohl der Weg zur Schule wesentlich ungefährlicher geworden, als auch das spielen auf der Straße wieder möglich geworden ist.

Der ÖPNV schreibt wieder satte schwarze Zahlen, weil unter anderem der Bau neuer völlig überteuerter U-Bahnen überflüssig geworden ist, die Städte haben wieder oberirdisch Platz für das wesentliche. Bewegungsfreiräume für uns Menschen.

Der Autoindustrie geht es finanziell wieder gut, weil sie nie gekannte Auftragszahlen des ÖPNV neben den neu entwickelten Verkehrsmitteln zu bewältigen haben.

Großindustrie und Energieversorger beugen sich den Forderungen der Mehrheiten nach sauberer Luft für unsere Kinder und deren Kinder, dem überleben der Menschheit...

So ganz nebenbei hat Mensch wieder ein wenig zur Gemeinschaft zurückgefunden, schließlich werden wir nicht weniger.

Mir ist klar, das in diesem ersten kleinen Artikel viele Zukunftsvisionen stecken die nur durch entsprechende Konzepte realisiert werden können. Diese konkreter mit anderen auszuarbeiten dafür bin ich bei 'aufstehen'.

Es ist an der Zeit Verantwortung zu übernehmen!
Last uns beginnen die Ballungszentren etwas zu verdörfeln!

26.09.18

Sehr geehrter Herr Steinmeier,
als Bürger dieses Landes und im besonderen der Stadt Köln, frage ich Sie was für ein
Demokratieverständnis Sie haben?

Einen Despoten wie Herrn Erdogan zu einem Staatsbesuch mit allen Ehren ein zu laden, der
in seinem Land Menschen-rechte und Pressefreiheit quasi abgeschafft hat.

Nochmal die Frage nach Ihrem Demokratieverständnis unter einem anderen Aspekt.

Haben Sie vor der Einladung von Herrn Erdogan die Parlamentarier oder Ministerpräsidenten
oder die betroffenen Bürgermeister gefragt, ob diese damit einverstanden sind?

Wenn Sie gefragt hätten, dann haben Sie sich über deren Meinung hinweg gesetzt, eindeutig
an der Vielzahl der Ablehnung dieser zu erkennen.

Oder haben Sie die oben genannten Entscheidungsträger nicht gefragt?

Beide Vorgehensweisen sind absolut undemokratisch. Also ziehen Sie die Konsequenzen und
treten von allen Ämtern zurück, um demokratischen Kräften in diesem Land Platz zu machen.

Ein betroffener Bürger, der sich um die Demokratie in der BRD sorgen macht.